



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 6. November 2024

Von Wolfgang Liedtke

Die Zuschauertribüne war in dieser Sitzung des Grossen Gemeinderates sehr gut besetzt. Leider nicht aus Interesse an den politischen Geschäften, sondern weil es nach mehreren Monaten wieder Einbürgerungen gab. Zwar besteht nicht mehr die Erwartung an den Antragstellern, bei der Einbürgerung anwesend zu sein, aber offensichtlich messen die Antragsteller dem Ereignis doch einen besonderen Wert zu und wollen ihn persönlich mitverfolgen. Es ist schade, dass es keinen festlichen Anlass mit Begrüssung der Eingebürgerten mehr gibt.

Mitteilungen

Stadtrat Felix Keller machte auf die Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Überarbeitung des Raumentwicklungskonzeptes aufmerksam und warb für eine Beteiligung an dem Workshop „Stadtwerkstatt“ am 30. November 2024. Eine Anmeldung ist über die Webseite der Stadt unter dem Stichwort *Raumentwicklungskonzept* möglich.

Fragestunde

Versiegelung des Areals Kronenwiese – Öffentliche Informationen – Stillgelegte Bushaltestellen – Siegerehrungen – Grundstücksgewinnsteuer - Wasseraustritt Rütistrasse – Abrechnung Neubau Stadthaus

Eine Frage von Jacqueline Schoch (Grüne) aus der Sitzung vom 3. Juli betreffend die Versiegelung des Kronenwiesenareals beantwortete Stadträtin Karin Fein (FW). Sie erläuterte, dass wegen der vielfältigen Nutzungen des Areals auf eine Versiegelung nicht verzichtet werden könne. Auf eine weitere Frage darüber, warum die beseitigte Baumreihe nicht durch neue Bäume ersetzt wird, erwiderte sie, dass die alten Baumgruben zu klein für Neupflanzungen waren. Man habe deshalb entschieden, neue Gruben für Bäume erst bei einer kompletten Neugestaltung des Areals auszuheben und vorläufig nur drei neue Bäume an einem anderen Standort auf dem Areal gepflanzt.

Eine Frage von Bernie Corrodi (FW) aus der Sitzung vom 18. September lautete, ob der Stadtrat einen Ausbau seiner Informationsarbeit angesichts des weiteren Abbaus des lokalen Journalismus nach Verkauf der Lokalinfo (*Zürich 2*) vorsieht. Stadtpräsident Farid Zeroual (Die Mitte) antwortete, dass es nicht die Aufgabe des Stadtrates sei, eigene Publikationen zu betreiben. Gleichwohl wolle man die digitalen Publikationen der Stadt weiter ausbauen, vor allem im Bereich der Social Media. Stadtbrief und Veranstaltungskalender sollen erhalten bleiben. Er berichtete ausserdem, dass der Stadtrat sich aktuell mit Angeboten von Publikationsfirmen betreffend digitaler Plakatflächen beschäftige.

Reto Buchmann (FDP) erkundigte sich nach der weiteren Verwendung des Schutzdaches der stillgelegten Bushaltestelle und wies darauf hin, dass es Bushaltestellen ohne Schutzdach gebe. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erläuterte, dass die vermeintlich stillgelegte Bushaltestelle vorläufig noch von den Schülern der ZIS benutzt wird, da die Busse direkt vor der Schule nicht halten könnten. Eine Wiederverwendung alter Schutzdächer sei ausserdem oft wegen des unterschiedlichen Untergrundes (Hanglagen, unterschiedliche Gefälle) nicht uneingeschränkt möglich. Man sei aber dabei, sowohl eine Lösung für das alte Schutzdach wie auch für die ungeschützte Bushaltestelle zu finden.

Martial Jacoma (Die Mitte) bezog sich auf das gute Abschneiden eines Adliswiler Jungschützen beim Knabenschieszen und wollte wissen, wieso es keine Ehrung der Stadt gab. Stadtrat Mario Senn (FDP) wies darauf hin, dass solche Ehrungen an Sportler seit zehn

Jahren nicht mehr durchgeführt würden. Weiterhin gebe es aber einmal jährlich die Sportlerehrung für herausragende Leistungen. Der nächste Anlass würde am 25. Januar stattfinden.

Rolf Schweizer (FDP) wollte wissen, wie hoch in diesem Jahr die Grundstücksgewinnsteuer ausfallen würde. Stadträtin Karin Fein (FW) nannte für den 20. September 2024 einen Stand von 12'729'566,60 Franken. Budgetiert seien 10 Mio, die aktuelle Prognose für 2024 belaufe sich auf 14 Mio.

Bernie Corrodi (FW) wollte wissen, ob dem Stadtrat der Wasseraustritt an der Rütistrasse bekannt sei. Bei Frost würde der Boden jeweils gefrieren, was für Fussgänger gefährlich sei. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) bestätigte, dass das Problem bekannt und der Eigentümer inzwischen dabei sei, das Probleme zu beheben. Es handle sich um eine Privatstrasse im Eigentum der MSA. In der Vereinbarung zum Wegerecht sei festgehalten, dass die Eigentümerin für den Unterhalt zuständig sei. In solchen Fällen würden selbstverständlich die städtischen Werkbetriebe immer Kontakt zu den Eigentümern aufnehmen.

Heinz Geissler (FDP) wollte wissen, warum dem Gemeinderat immer noch nicht die Schlussabrechnung des Stadthaus-Neubaus vorgelegt worden sei, obwohl die Baumassnahmen seit 2021 abgeschlossen sind. Stadträtin Karin Fein (FW) informierte darüber, dass es auch nach drei Jahren immer noch zahlreiche Baumängel gebe und immer noch neue aufträten. Mit den Bauunternehmen sei eine Garantiefrist von fünf Jahren ausgehandelt worden. Diese Frist müsse abgewartet werden, bis die Schlussrechnung vorgelegt werden könne. Sollte man sich wegen der Mängel früher einigen, würde auch die Rechnung früher vorgelegt.

Im Anschluss an die Fragerunde wurden 39 Einbürgerungsgesuche vom Grossen Gemeinderat angenommen.

Energie aus Fluss- und Trinkwasser

Die Mitglieder der Fraktion der Freien Wähler hatten im Frühjahr 2023 eine Motion eingereicht, in der vom Stadtrat die Ausarbeitung von Projekten zur Nutzung der Wasserkraft von Trinkwasser und von der Sihl zur Energieerzeugung gefordert worden war. Diese Motion wurde vom Grossen Gemeinderat im Juni 2023 an den Stadtrat überwiesen. Der Stadtrat hat entsprechende Potenziale in Projektstudien überprüfen lassen. Beim Trinkwasserreservoir Hermen könnte eine Nutzung zur Energiegewinnung kostendeckend sein und zehn Haushalte mit Strom versorgen. Das Reservoir Wilacker muss demnächst instand gesetzt werden. Bei dieser Gelegenheit könnte auch hier eine Energieerzeugung vorgesehen werden, welche sieben Haushalte mit Strom versorgen könnte.

Für eine Stromerzeugung in der Sihl käme der Bereich bei der MSA in Frage. Sie wäre aber nach heutigem Stand nicht kostendeckend. Der Stadtrat hat beim AWEL eine Prüfung zur Bewilligungsfähigkeit eines Flusskraftwerkes beantragt. Wie in der Gemeinderatsitzung von Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) berichtet wurde, liegt die Antwort des AWEL inzwischen vor und wird vom Stadtrat ausgewertet.

Die Sachkommission war einstimmig zum Schluss gekommen, dass der Stadtrat die Aufträge aus der Motion umgesetzt hat. Nach Meinung der Kommission müsse eine endgültige Entscheidung über ein Flusskraftwerk in der Zukunft liegen. Sie empfahl, die Motion als erledigt abzuschreiben. Erstunterzeichner Harry Baldegger (FW) erklärte, dass die Motionäre gespannt auf den Bericht des AWEL sei. Er verwies auf das bereits bestehende Flusskraftwerk in Langnau und erklärte sich mit der Abschreibung der Motion einverstanden. Für die SP-Fraktion meldete sich Xheli Etemi zu Wort:

Die SP Adliswil unterstützt die Abschreibung der Motion zur Energiegewinnung aus Fluss- und Trinkwasser. Die durchgeführten Studien haben gezeigt, dass die Projekte in der aktuellen Form weder ökologisch sinnvoll noch wirtschaftlich tragfähig sind. Auch mit Subventionen bleibt ein kostendeckender Betrieb schwer realisierbar. Wir bleiben offen für zukünftige

Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien, die realisierbare und nachhaltige Lösungen für unsere Gemeinde bieten können. Wir danken dem Stadtrat für die fundierte Prüfung und den verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Die SP Adliswil stimmt der Abschreibung der Motion zu.

Die Motion wurde ohne Gegenantrag abgeschrieben.

Optimierung von Planungs- und Bauprozessen bei öffentlichen Bauvorhaben

Eine Gruppe von Gemeinderäten aus unterschiedlichen Fraktionen hatte im Juli 2024 ein Postulat eingereicht, in dem sie die Prüfung der Prozesse bei Planung und Bau öffentlicher Vorhaben anregten. Unter anderem empfahlen sie, Standardbaupläne vorzusehen und das Bauhandbuch zu überarbeiten, um Vorhaben effizienter und kostengünstiger durchführen zu können. Der Stadtrat hatte die Annahme des Postulats mit Verweis auf die vorhandenen Prozesse und das bestehende Bauhandbuch abgelehnt. Erstunterzeichner Sebastian Huber (SVP) kritisierte die Ablehnung des Stadtrates und unterstellte dem Stadtrat einen Hang zur Bequemlichkeit. Simon Schanz (Die Mitte) begrüßte Effizienzsteigerungen im Allgemeinen, vertrat aber die Meinung, dass die Anregungen der Postulanten grösstenteils bereits umgesetzt würden. Angela Brogгинi (Grüne) schloss sich dieser Auffassung an und gab zu bedenken, dass der Stadtrat auch einen gewissen Handlungsspielraum benötige. Stadträtin Karin Fein (FW) erläuterte, dass die Prozesse bereits ausreichend geregelt seien und weitere theoretische Abhandlungen zum Thema nicht sinnvoll seien. Der Stadtrat wolle sich vielmehr um die konkrete Umsetzung kümmern. Die Überweisung des Postulats wurde mit 20 gegen 10 Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Festlegung einer neuen Zahl von Wahlhelfern in der Gemeindeordnung

Die revidierte Fassung des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) vom Januar 2023 erfordert eine Anpassung in der Gemeindeordnung der Stadt Adliswil. Bisher war der Grosse Gemeinderat für die Festlegung der Anzahl der Wahlhelfer zuständig. In der revidierten Fassung des GPR geht diese Zuständigkeit an den Stadtrat über bzw. kann die Anzahl in der Gemeindeordnung festgelegt werden. Der Stadtrat schlug nun letzteres vor und kam zu dem Schluss, dass anstelle der bisher 70 nur noch 40 Wahlhelfer erforderlich seien. Die reduzierte Zahl könne dafür sorgen, dass die Wahlhelfer regelmässiger, nämlich etwa einmal jährlich, zum Einsatz kämen. Bei unvorhergesehenen Engpässen könnten städtische Angestellte hinzugezogen werden.

Die Sachkommission als beratende Kommission schloss sich der Auffassung des Stadtrates an und empfahl die Annahme des Antrages. Weder in der Generaldebatte noch in der Detailberatung gab es abweichende Wortmeldungen. Der Antrag des Stadtrates zur Anpassung der Gemeindeordnung wurde einstimmig angenommen und wird nun der Bevölkerung in einer Urnenabstimmung vorgelegt.

Die Sitzung endete um 20:15 Uhr.

Zusatz: Schülerparlament am 7. November 2024

Aufgrund einer Anfrage der Sekundarschule führte der Grosse Gemeinderat am folgenden Tag eine Gemeinderatsitzung für zwei neunte Klassen durch. Vertreten war der Gemeinderat durch den Präsidenten, fünf Gemeinderäte (davon zwei von der SP) und das Parlamentsbüro. Als Thema hatten sich die Schülerinnen und Schüler die fiktive Einführung des Wahlalters ab 16 Jahren auf Gemeindeebene gewünscht.

Die Argumente, welche die Schülerinnen und Schüler für und gegen die Senkung des Wahlalters vorbrachten, waren fundiert und zeigten, dass man sich im politischen Unterricht intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt hatte. So wurde beispielsweise von den Jugendlichen festgehalten, dass die Beschäftigung mit politischen Fragen Voraussetzung für

die Wahrnehmung politischer Rechte sei. Es wurde ausserdem die kritische Frage gestellt, inwieweit Jugendliche politische Entscheidungen unter dem Einfluss der Eltern und der Lehrpersonen treffen würden.

Im Anschluss an die gespielte Gemeinderatsitzung nutzten die Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit, Fragen an die anwesenden Gemeinderäte (es waren nur Männer anwesend) zu stellen. Sie betrafen die politische Arbeit, die Möglichkeit des Engagements von Jugendlichen in politischen Parteien sowie nationale politische Fragen wie die Haltung der SVP zur Migration (eine Frage, die die anwesenden beiden SVP-Gemeinderäte ein wenig in Verlegenheit brachte und zu eher ausflüchtenden Antworten führte). Die Frage, wie viele Einbürgerungen es in Adliswil gebe und wie viele abgelehnt würden, haben vor allem die beiden SP-Gemeinderäte beantwortet. Den Schülerinnen und Schülern wurde ausserdem beschrieben, wie eine Gemeinderatssitzung gewöhnlich abläuft. Es wurde von uns empfohlen, einmal einer Gemeinderatssitzung als Zuschauer beizuwohnen.

Wir haben den Eindruck gewonnen, dass politisches Interesse bei vielen Jugendlichen vorhanden ist. Wahrscheinlich wurde es durch einen guten politischen Unterricht geweckt. Einer der Lehrpersonen stellte im Anschluss an die Veranstaltung in Aussicht, mit einem Teil seiner Klasse demnächst einmal eine Gemeinderatsitzung zu besuchen.